



**Diskussionspapier Nr. 04-10**

## **Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik**

**Ingo Pies**

### **Nachhaltige Politikberatung: Der Ansatz normativer Institutionenökonomik**

Herausgegeben vom

Forschungsinstitut des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik  
in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der  
Sektion Wirtschaftswissenschaften der Stiftung Leucorea in der Lutherstadt Wittenberg



## Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Die Herausgeber teilen daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 3-86010-758-5

ISSN 1612-2534

## Korrespondenzanschrift

### **Prof. Dr. Ingo Pies**

Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik

Collegienstraße 62

06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel.: +49 (0) 3491 466-257

Fax: +49 (0) 3491 466-258

Email: [ingo.pies@wcge.org](mailto:ingo.pies@wcge.org)

Internet: [www.wcge.org](http://www.wcge.org)

und

Lehrstuhl für Wirtschaftsethik

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Große Steinstraße 73

06108 Halle

Tel.: +49 (0) 345 55-23420

## **Nachhaltige Politikberatung: Der Ansatz normativer Institutionenökonomik**

von Ingo Pies\*

Dieser Aufsatz geht der Frage nach, was die Ökonomik beitragen kann, um den neuartigen Bedarf an gesellschaftlicher Politikberatung zu decken, der aus dem Anliegen der Nachhaltigkeit resultiert. Die Argumentation gliedert sich in fünf Abschnitte, denen jeweils eine These zugrunde liegt. Diese Thesen können vorab wie folgt formuliert werden:

- Der Begriff „Nachhaltigkeit“ thematisiert eine historisch neue Herausforderung. Er verleiht dem Anliegen Ausdruck, (welt-)gesellschaftliche Strukturen auf Zukunftsfähigkeit hin zu programmieren. Dieses Anliegen einer auf die Kontinuierung ihrer eigenen Entwicklungsfähigkeit hin bedachten (welt-)gesellschaftlichen Selbstorganisation verlangt nach geeigneten Institutionen und erzeugt so einen spezifischen Bedarf an Politikberatung.
- Nachhaltigkeit erfordert zum einen (welt-)gesellschaftliche (Selbst-)Steuerung: Zur Erreichung klar identifizierter Nachhaltigkeitsziele müssen die geeigneten Mittel gefunden werden. Hier kann die Ökonomik helfen, indem sie Informationen generiert und kommuniziert, die es ermöglichen, zwischen alternativen Mitteln, d.h. Anreizarrangements, die am besten geeigneten auszuwählen. Es geht um Steuerungsbeiträge für die institutionelle Formierung und Reformierung sozialer Strukturen.
- Nachhaltigkeit erfordert zum anderen (welt-)gesellschaftliche (Selbst-)Aufklärung: In vielen Fällen gibt es noch keine klar identifizierten Nachhaltigkeitsziele, so dass eine Verständigung hierüber erst noch herbeigeführt werden muss. Dabei kann die Ökonomik helfen, indem sie Informationen generiert und kommuniziert, die es ermöglichen, sich an gemeinsamen Zielen zu orientieren und so der gesellschaftlichen Evolution eine konsensuale Ausrichtung zu geben. Verständigung gründet auf Verständnis: Es geht um Aufklärungsbeiträge für die institutionelle Formierung und Reformierung sozialer Strukturen.
- Ein solcher Ansatz nachhaltiger Politikberatung wendet sich nicht nur an Politiker, Parteien, Ministerien und Verbände, sondern auch an zivilgesellschaftliche Organisationen sowie insbesondere an Unternehmen, denn das Anliegen der Nachhaltigkeit lässt sich weder auf lokaler noch auf globaler Ebene ohne – und schon gar nicht gegen – Unternehmen wirksam verfolgen. Unternehmen sind – erst recht im Weltmaßstab – die eigentlichen Promotoren nachhaltiger Entwicklung.
- Eine Politikberatung zugunsten (welt-)gesellschaftlicher Nachhaltigkeit muss konzeptionell als eine nachhaltige Politikberatung angelegt sein und folglich der veränderten Rolle der Unternehmen Rechnung tragen. Dies hat Konsequenzen für die ökonomische Ausbildung an Universitäten: Sie muss die Führungskräfte von morgen

---

\* Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik ([www.wcge.org](http://www.wcge.org)). Kontakt: Tel.:+49 (0)3491-466-257 oder per Mail: [ingo.pies@wcge.org](mailto:ingo.pies@wcge.org).

schon heute mit den Kompetenzen ausstatten, die in absehbarer Weise erforderlich sein werden, um die Probleme der Zukunft zu meistern. Tendenziell bedeutet dies: weniger Wissensvermittlung, mehr Kompetenzvermittlung! Steuerungskompetenz und Aufklärungskompetenz sind zentrale Schlüsselqualifikationen für das (welt-)gesellschaftliche Nachhaltigkeitsmanagement.

## 1. Nachhaltigkeit als (welt-)gesellschaftliche Herausforderung

Der Nachhaltigkeitsbegriff<sup>1</sup> ist eine semantische Innovation von welthistorischer Bedeutung: In der politischen Tradition des Westens war es bisher üblich, politische Probleme gesellschaftlicher Selbstorganisation unter dem Aspekt der Gerechtigkeit zu thematisieren. Man denke nur an die für die marktwirtschaftliche Orientierung wegweisende Debatte um den „gerechten Preis“<sup>2</sup>. Neue Probleme wie die mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts verbundene „soziale Frage“ wurden notfalls dadurch angegangen, dass man sie als Problem „sozialer Gerechtigkeit“ thematisierte.<sup>3</sup> In ähnlicher Weise werden auch heute noch aktuelle Problemlagen diskutiert unter Stichwörtern wie „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ oder „Generationengerechtigkeit“.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund verweist der innovative Leitbegriff der Nachhaltigkeit auf ein neues Problem, das sich in den traditionellen Kategorien der Gerechtigkeit offenbar nicht ohne weiteres auslegen lässt.

Nachhaltigkeit meint, die gesellschaftliche Entwicklung im globalen Maßstab auf eine langfristig tragfähige Grundlage zu stellen. Evolutionäre Sackgassen sollen vermieden werden. Dies bedeutet, die (welt-)gesellschaftliche Entwicklung auf Zukunftsfähigkeit zu programmieren. Es geht darum, für die entstehende Weltgesellschaft sicherzustellen, dass ihre Entwicklung kontinuierbar ist. Dies erfordert nicht nur Zukunftsvorsorge, sondern ein prinzipielles Offenhalten der Zukunft für Entwicklungen, die morgen wünschbar erscheinen mögen, obwohl sie heute noch nicht einmal bekannt sind. In diesem Sinne bedeutet Nachhaltigkeit das Vorrätighalten von Möglichkeiten für zukünftige Zwecke.<sup>5</sup>

Mit dem Nachhaltigkeitsbegriff verbinden sich mehrere Pointen: Zum einen ist „Nachhaltigkeit“ der welthistorisch erste normative Leitbegriff mit wahrhaft globalem Anspruch. Mit der heuristischen Vorgabe „nachhaltiger Entwicklung“ organisiert die entstehende Weltgesellschaft ihre eigene Zukunft. Zum anderen enthält der Nachhaltigkeitsbegriff eine prononcierte Langfristorientierung. Er kombiniert also eine regionale Querschnitt- und eine zeitliche Längsschnittdimension. Eine weitere Pointe besteht darin, dass der Nachhaltigkeitsbegriff dazu auffordert, oberflächliche Widersprüche zwischen Umweltschutz und Ökonomie nicht zu akzeptieren, sondern nach Lösungen zu suchen, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte gleichberechtigt berücksichtigen. Diese „triple-bottom line“ verpflichtet die Politik auf einen holistischen Ansatz, der stets das Ganze

---

<sup>1</sup> Der Nachhaltigkeitsbegriff wurde durch den Bericht der sog. Brundtlandt-Kommission prominent auf die Agenda der Weltpolitik gesetzt und hat maßgeblich die programmatische Ausrichtung des Erdgipfels von Rio 1992 sowie des Nachhaltigkeitsgipfels in Johannesburg 2002 bestimmt. Vgl. Brundtlandt (1987).

<sup>2</sup> Vgl. dazu die von Walter Eucken betreute und noch heute lesenswerte Dissertation des späteren Kardinals Höffner (1941).

<sup>3</sup> Der Begriff wurde wohl erstmals 1840 von Luigi Taparelli in die Literatur eingeführt. Vgl. hierzu von Hayek (1976; S. 176).

<sup>4</sup> Vgl. exemplarisch Nord-Süd-Kommission (1980) sowie Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (2003).

<sup>5</sup> In ökonomischer Rekonstruktion geht es um das Vermeiden von Endspielen. Vgl. dazu Suchanek (2005).

der Gesellschaft im Auge behält. Die heute entstehende Weltgesellschaft möchte sich auch morgen noch ausgewogen entwickeln können. Pointiert zugespitzt, geht es der Nachhaltigkeitsdiskussion nicht um die Grenzen des Wachstums, sondern um das Wachstum der Grenzen.<sup>6</sup>

Nachhaltigkeit ist also ein Leitbegriff für (welt-)gesellschaftliche Selbstorganisation. Hierbei ist vorausgesetzt, dass es von vornherein nicht um Planungsdirektiven für einen Weltstaat geht, sondern um heuristische Anweisungen für die Suche nach Regeln, die auf breiter Front jene letztlich individuellen Verhaltensänderungen hervorrufen, die für eine gemeinsame globale Zukunft erforderlich sind. Für eine informierte Suche sind zahlreiche Wissenschaftsdisziplinen gefordert. Die Naturwissenschaften können neue Technologieoptionen eröffnen und frühzeitig auf etwaige Gefahren des eingeschlagenen Entwicklungspfades aufmerksam machen (Beispiel: Klimawandel), während die Sozialwissenschaften für Selbstbeobachtung und Selbstreflexion der modernen Gesellschaft sorgen. Insofern verbindet sich mit dem Nachhaltigkeitsbegriff ein ausgesprochen interdisziplinäres Forschungsprogramm, bei dem zahlreiche Wissenschaften zusammenarbeiten müssen, um ihre je spezifischen Perspektiven und Spezialisierungen arbeitsteilig einzubringen. Im Folgenden geht es um den besonderen Beitrag, den die Ökonomik hierbei zu leisten vermag.

## 2. Ökonomische Politikberatung für gesellschaftliche (Selbst-)Steuerung

((1)) Die Ökonomik ist eine Theorietradition, die im 18. Jahrhundert aus der Entdeckung heraus entstanden ist, dass intentionales Handeln nicht-intendierte Effekte aufweisen kann, die für die Funktionsweise der Gesellschaft konstitutiv sind. Diese gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnis wurde namentlich von Adam Smith und Thomas Malthus in zwei Ausprägungen entwickelt, die wir mit den Metaphern der „unsichtbaren Hand“ und der „unsichtbaren Faust“ bildlich vor Augen führen können. Die unsichtbare Hand beschreibt eine gesellschaftliche Aufwärtsspirale, in der sich die unbeabsichtigten Konsequenzen individuellen Verhaltens sozial günstig auswirken. Das paradigmatische Beispiel hierfür ist ein Markt, auf dem geeignete wettbewerbliche Anreize dafür sorgen, dass Unternehmer – um ihres eigenen Vorteils willen! – ihre Leistungen in den Dienst der Kunden stellen.<sup>7</sup> Die unsichtbare Faust hingegen beschreibt eine gesellschaftliche Abwärtsspirale, in der sich die unbeabsichtigten Konsequenzen individuellen Verhaltens sozial ungünstig auswirken. Das paradigmatische Beispiel hierfür ist eine Bevölkerungsexplosion, in der jede Familie möglichst viele Kinder in die Welt setzt und sich damit genau so verhält, wie sie es von den anderen befürchtet, mit der Folge, dass der Lohn auf das Subsistenzniveau gedrückt wird und sich die gesamte Gesellschaft in einer Art Entwicklungsfalle befindet.<sup>8</sup>

Die Geschichte dieser Theorietradition weist bestimmte Eigenheiten auf (Abb.1). Zunächst startete die Ökonomik als umfassende Gesellschaftswissenschaft, und ihr Anspruch lautete: Erklärung zwecks Gestaltung. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der sog. marginalistischen Revolution einsetzende Mathematisierung sorgte demgegenüber für zwei Änderungen. Erstens verengte sich die Ökonomik – aufgrund einer Konzentration auf mathematisch handhabbare, d.h. quantifizierbare Größen wie Preise und Güter – immer mehr

---

<sup>6</sup> Diese Formulierung erfolgt in Anspielung auf Meadows u.a. (1972).

<sup>7</sup> Vgl. Smith (1776, 1990).

<sup>8</sup> Vgl. Malthus (1798, 1977).

zu einer Wirtschaftswissenschaft, zu einer Wissenschaft des Bereichs Wirtschaft. Und zweitens gab sie im Zuge dieser Verengung den Anspruch des Gestaltens zunehmend auf. Die Ökonomik wurde positivistisch und enthielt sich – seit Max Webers Wertfreiheitspostulat: programmatisch – der Beschäftigung mit normativen Fragen. Die Gegenbewegung hierzu setzt erst Mitte des 20. Jahrhunderts wieder ein. Unter der Bezeichnung „ökonomischer Imperialismus“ überschreitet die Ökonomik die Bereichsgrenzen und entfaltet sich wieder als umfassende Gesellschaftswissenschaft, indem sie ihre spezifische Perspektive auf Fragen des Rechts, der Geschichte, der Politik, der Familie usw. anwendet. Und zugleich wird die normative Dimension von verschiedenen Stoßrichtungen der Institutionenökonomik wiederentdeckt. Die erste Gegenbewegung verbindet sich mit dem Namen Gary S. Becker, die zweite mit dem Namen James M. Buchanan.<sup>9</sup>

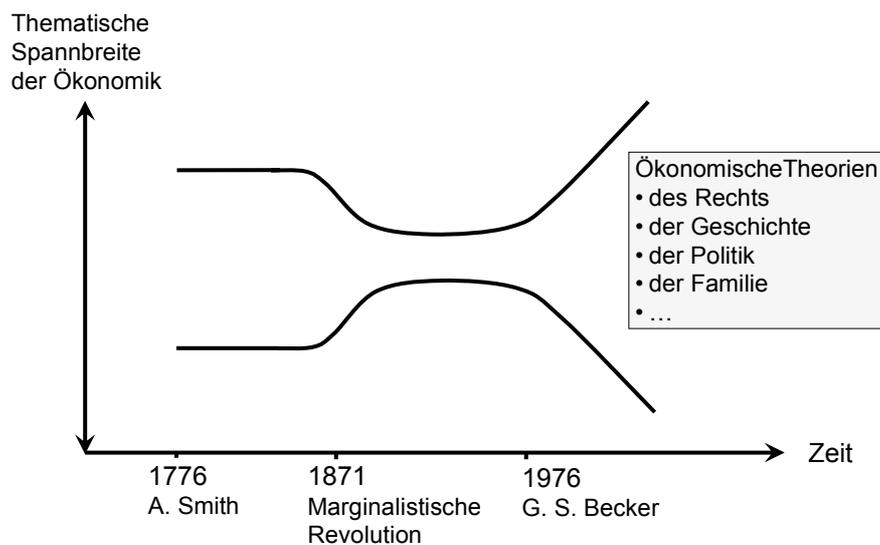


Abbildung 1: *Das Themenspektrum der Ökonomik*

Eine interessante Folge dieser von Kuriositäten nicht ganz freien Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorietradition ist, dass die immer noch dominierende Außenwahrnehmung der Ökonomik als Wirtschaftswissenschaft vielfach gar nicht erst die Erwartung aufkommen lässt, als habe sie in Sachen nachhaltiger Politikberatung auch jenseits des Bereichs Wirtschaft etwas zu bieten. Deshalb konzentrieren sich die folgenden Ausführungen darauf, die ökonomische Methode der Reaktionsanalyse so darzustellen, dass deutlich wird, wie man hiermit einer nachhaltigen (Selbst-)Steuerung der *Gesellschaft* vorarbeiten kann.

((2)) Die ökonomische Reaktionsanalyse ist der Versuch, Akteursmodelle einzusetzen, um genuine Sozialwissenschaft zu betreiben.<sup>10</sup> Diese Methode lässt sich mit Hilfe von Abbildung 2 als mikrofundierte Makroanalyse beschreiben.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu ausführlich Pies (1993). Dort findet sich auch eine Rekonstruktion des Weberschen Wertfreiheitspostulats, die zeigt, dass die positivistische Enthaltensamkeit in Bezug auf normative Fragestellungen den Intentionen Max Webers geradewegs zuwiderläuft: Webers Postulat zielte nicht auf Abstinenz, sondern auf Kompetenz im Umgang mit wertstrittigen Fragen.

<sup>10</sup> Hierbei kann der Akteursbegriff weit gefasst werden. Es muss sich nicht unbedingt um einen einzelnen Menschen aus Fleisch und Blut handeln. Ein Akteur im ökonomischen Sinn kann auch eine Gruppe von Personen sein, etwa ein Familienhaushalt, oder eine Organisation, etwa ein Unternehmen. Ein Akteur ist jedes soziale Konstrukt, dem man sinnvoll „individuelle“, d.h. eigene, Ziele zuschreiben kann. Vgl. z.B. Scharpf (1997).

Das Verfahren der Reaktionsanalyse zielt darauf ab, methodisch kontrolliert gesellschaftliche Makrogrößen miteinander zu verknüpfen. Bei diesen Größen handelt es sich um Daten und Raten. Ihre Verknüpfung erfolgt durch die Einbeziehung der Mikro-Ebene. Auf der Mikro-Ebene wird das Verhalten eines repräsentativen Akteurs im Schema von Zielen und Mitteln ausgelegt. Dem Akteur wird – per Rationalitätsannahme – unterstellt, seine individuellen Ziele bestmöglich verfolgen zu wollen.

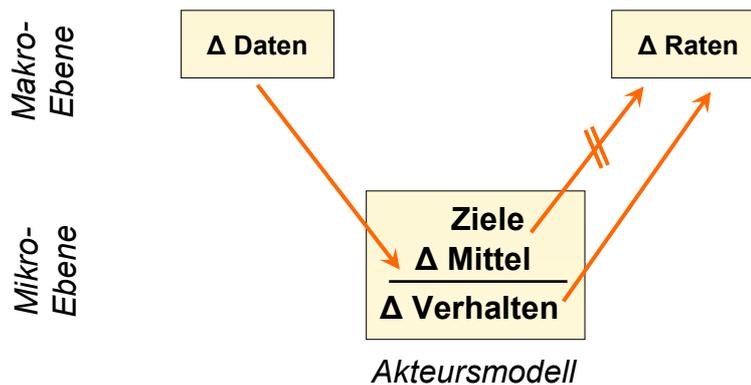


Abbildung 2: *Das Verfahren mikrofundierter Makroanalyse*

Daten sind Einflussgrößen auf die dem Akteur verfügbaren Mittel. Sie begrenzen den Möglichkeitsraum des Akteurs. Beispiele für solche Restriktionen sind die Naturgesetze und die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Letztere sind besonders deshalb interessant, weil sie politisch gestaltbar sind. Raten hingegen sind die aggregierten Folgen von Verhaltensweisen, die aus zahlreichen Akteurskalkülen resultieren. Beispiele für Raten, die sich auf diese Weise ökonomisch analysieren lassen, sind die Arbeitslosenrate, die Heirats- und Scheidungsrate, die Geburtenrate, die Kriminalitätsrate, die Kündigungsrate, die Krankheitsrate, die Rate der Umweltverschmutzung durch Emissionen usw. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, dass die Raten selbst nicht Gegenstand der Akteursziele sind. Ihre Veränderung erfolgt aus Sicht des repräsentativen Akteurs nicht-intendiert.<sup>11</sup>

Damit lässt sich das gesamte Erklärungsverfahren der ökonomischen Reaktionsanalyse durch folgende Fragestellung kennzeichnen: Wie wirken Datenänderungen (Makro-Ebene) auf den Rationalkalkül eines repräsentativen Akteurs (Mikro-Ebene), und wie lassen sich die so ausgelösten Verhaltensänderungen (Mikro-Ebene) per Aggregation auf Ratenänderungen (Makro-Ebene) hochrechnen? – Kehrt man diese Fragestellung um, so lassen sich Gestaltungsempfehlungen herleiten: Welche Datenänderungen sind erforderlich, um jene Verhaltensänderungen herbeizuführen, die eine gesellschaftlich erwünschte Ratenänderung bewirken?

<sup>11</sup> Unterstellt wird damit, dass niemand eine Arbeit aufnimmt – respektive jemanden einstellt –, weil er die gesellschaftliche Arbeitslosenrate reduzieren will, und dass niemand illegale Handlungen vornimmt, weil er anstrebt, die gesellschaftliche Kriminalitätsrate zu erhöhen. Niemand bekommt Kinder aus der Motivation heraus, die gesellschaftliche Geburtenrate ansteigen zu lassen. Stets sind es individuelle Ziele, die das Akteursverhalten bestimmen. Insofern fokussiert die ökonomische Perspektive auf jene gesellschaftlichen Konsequenzen eigeninteressierten Verhaltens, die sich gleichsam als unbeabsichtigte Nebenfolge einstellen.

Zur Illustration: Die ökonomische Erklärung für den Klimawandel stellt darauf ab, dass zahllose Akteure – Produzenten und Konsumenten – bei der Verfolgung ihrer je eigenen Ziele das Treibhausgas Kohlendioxid emittieren und dass sich der beobachtbare Anstieg des CO<sub>2</sub>-Anteils in der Atmosphäre als nicht-intendiertes Ergebnis einstellt. Hieraus lässt sich die Gestaltungsempfehlung herleiten, dass eine als wünschenswert angesehene Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionsrate solche Datenänderungen erfordert, die den Ausstoß von Kohlendioxid aus individueller Sicht der Akteure unattraktiver machen, weil sie den hiermit verbundenen Nutzen reduzieren und/oder die anfallenden (subjektiven) Kosten erhöhen. Hierfür kommen zahlreiche politische Maßnahmen in Frage, angefangen von Emissionsverboten über staatlich administrierte Preise bis hin zur Einrichtung von Eigentumsrechten und Tauschbörsen, die für eine marktliche Bepreisung der Emissionen sorgen. Insbesondere das dritte Instrument ist am besten geeignet, jene Verhaltensanreize zu setzen, die dazu führen, dass eine bislang als kostenlos wahrgenommene Nutzung der Atmosphäre als Speicherreservoir für CO<sub>2</sub>-Emissionen sich aus Sicht der Akteure spürbar verteuert.<sup>12</sup>

((3)) Für eine nachhaltige Politikberatung lässt sich die zentrale Erkenntnis der ökonomischen Reaktionsanalyse noch spezifischer zuspitzen: Es geht nicht nur darum, die Höhe der Kosten und Nutzen so zu beeinflussen, dass der als wünschenswert angesehene Rateneffekt auftritt. Die Ökonomik kann auch noch einen Hinweis geben, wie eine solche Einflussnahme operationalisiert werden sollte. Die heuristische Suchanweisung zur Institutionalisierung nachhaltiger Politik lautet:

*Privatisiere die Kosten und/oder sozialisiere die Nutzen, wenn aus Gründen der Nachhaltigkeit eine Ratenabsenkung als wünschenswert erscheint. Und umgekehrt: Sozialisiere die Kosten und/oder privatisiere die Nutzen, wenn aus Gründen der Nachhaltigkeit eine Ratenanhebung als wünschenswert erscheint.*

Zur Illustration: ((a)) In zahlreichen Entwicklungsländern wird die Geburtenrate immer noch als zu hoch empfunden. Hier empfiehlt die ökonomische Reaktionsanalyse, den Kindernutzen stärker zu sozialisieren und/oder die Kinderkosten stärker zu privatisieren. Ersteres kann sehr gut durch ein System sozialer Sicherung erreicht werden, das den traditionell intra-familial abgeschlossenen Generationenvertrag (Krankenversorgung, Alterssicherung) inter-familial organisiert. Zweiteres kann beispielsweise durch eine Schulpflicht erreicht werden. – ((b)) Umgekehrt wird in zahlreichen Industrieländern die Geburtenrate mittlerweile als zu niedrig empfunden. Hier empfiehlt die ökonomische Reaktionsanalyse analog, den Kindernutzen stärker zu privatisieren und/oder die Kinderkosten stärker sozialisieren. Ersteres kann erreicht werden durch eine Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting, bei dem sich der Steuerzahler an den Kinderkosten beteiligt, zweiteres beispielsweise durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.<sup>13</sup>

((4)) Die heuristische Suchanweisung zur Institutionalisierung nachhaltiger Politik weist den Vorteil auf, ordnungspolitisch orientiert zu sein. Sie legt nicht Interventionen nahe, sondern eine Regelsetzung, die der gesellschaftlichen Entwicklung einen neuen Korridor öffnet. Sie versteht sich selbst als Anleitung zur Prozess-Steuerung.

---

<sup>12</sup> Vgl. Pies (2002a) sowie Hansjürgens (2004).

<sup>13</sup> Zur ökonomischen Fertilitätstheorie, aus der solche Überlegungen folgen, vgl. Becker (1981, 1991) sowie Cigno (1991). Für eine interessante familienpolitische Anwendung vgl. Ott (1998). Konkrete Vorschläge mit aktuellem Anwendungsbezug finden sich bei Steinmann (2004).

Diese Art der Prozess-Steuerung akzeptiert die Ziele der Akteure. Sie verändert lediglich die verfügbaren Mittel und erzeugt so Verhaltensänderungen, die für die Erreichung gesellschaftlich wünschenswerter Vorgaben in Dienst genommen werden. Es geht um eine Kanalisierung individuellen Verhaltens durch Institutionen, durch Regelarrangements, welche die Gesellschaft im Interesse ihrer eigenen Nachhaltigkeit formieren bzw. reformieren kann.

### 3. Ökonomische Politikberatung für gesellschaftliche (Selbst-)Aufklärung

Die heuristische Suchanweisung zur Institutionalisierung nachhaltiger Politik setzt voraus, dass es bereits eine Einigung über gesellschaftliche Nachhaltigkeitsziele gibt und dass nun nur noch die Richtung markiert werden muss, die implementierbare Lösungen einzuschlagen haben. Diese Voraussetzung ist in vielen Fällen nicht erfüllt. Oft ist es nicht damit getan, die gesellschaftlichen Mittel für konsentrierte Nachhaltigkeitsziele aufzufinden. Zahlreiche Politikprobleme sind so gelagert, dass die Ziele selbst zur Diskussion (und Disposition) stehen. Schwieriger noch: Vielfach sind die Diskurse, in denen die (welt-)gesellschaftliche Selbstverständigung über anzustrebende Ziele organisiert ist, durch Wertstreitigkeiten gekennzeichnet.

((1)) Solche Wertstreitigkeiten bedeuten zunächst für jeden Ansatz wissenschaftlicher Politikberatung eine Verlegenheit, denn seit Max Weber ist es – zu Recht! – allgemein anerkannt, dass die Wissenschaft ihren Status als Wissenschaft einbüßt, wenn sie sich anmaßt, den Wertestreit zu entscheiden. Abbildung 3 verdeutlicht das Problem – und seine Lösung.

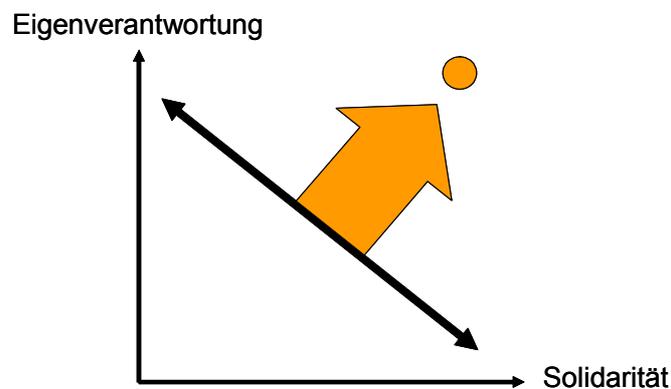


Abbildung 3: *Werte-trade-off und orthogonale Positionierung*

Eingetragen ist eine Trade-off-Beziehung zwischen zwei Werten, dem Wert der Eigenverantwortung auf der einen Seite und dem Wert der Solidarität auf der anderen Seite. Eine wissenschaftliche Stellungnahme kann nun von vornherein nicht darin bestehen, sich einen Punkt auf der Trade-off-Geraden als vorzugswürdig auszusuchen. Jede Entscheidung für den einen Wert ist zugleich eine Entscheidung gegen den anderen. Deshalb bleibt jeder Punkt auf der Trade-off-Geraden prinzipiell wertstrittig.

Die Ökonomik würde ihren Status als Wissenschaft verlieren, wollte sie versuchen, den Wertestreit zu entscheiden. Wohl aber kann sie – als Wissenschaft! – versuchen, den Wertestreit aufzulösen. Dies wird durch den Pfeil in nordöstlicher Richtung symbolisiert. Er markiert eine „orthogonale Positionierung“. Die wissenschaftliche Auflösung des Wertestreits

besteht in dem Nachweis, dass der angenommene Trade-off nicht bindend ist und dass es deshalb Möglichkeiten gibt, beide Werte besser zu verwirklichen, als es im Status quo bereits der Fall ist.<sup>14</sup>

((2)) Die ökonomische Interaktionsanalyse kann dabei helfen, orthogonale Positionierungen systematisch zu erarbeiten. Die heuristische Suchanweisung hierfür lautet:

*Führe Wertstreitigkeiten auf den Interessenkonflikt in einem sozialen Dilemma zurück und suche sodann in diesem Konflikt nach gemeinsamen Regelinteressen.*

Dies gilt es nun in drei Schritten zu erläutern.

Erstens: Im Unterschied zur Reaktionsanalyse thematisiert die Interaktionsanalyse eine strategische Verhaltensinterdependenz zwischen rationalen Akteuren. Die Reaktionsanalyse untersucht, wie ein repräsentativer Akteur auf Datenänderungen re-agierte. Die Interaktionsanalyse hingegen untersucht, wie Akteure wechselseitig miteinander inter-agieren.

Hierbei sind Modelle sozialer Dilemmata von besonderem Interesse. Ein soziales Dilemma ist eine Situation, in der rationale Akteure sich wechselseitig schädigen und kollektiv unter ihren Möglichkeiten bleiben. Das Potential einer gegenseitigen Besserstellung bleibt in der Situation eines sozialen Dilemmas unausgeschöpft. Der Grund hierfür liegt in einem institutionellen Defizit der Situation: Das paradigmatische Beispiel hierfür ist das Gefangenendilemma, in dem zwei rationale Akteure ein pareto-inferiores Nash-Gleichgewicht realisieren, weil sie keinen bindenden Vertrag miteinander abschließen können, der die Fehlanreize korrigieren würde, aufgrund deren sie eine wechselseitige Besserstellung unterlassen. Die zugrunde liegende Logik – der Begriff ist hier wörtlich gemeint: es geht um die „Logik kollektiven Handelns“<sup>15</sup> – lässt sich am Beispiel großer Gruppen verdeutlichen im Angesicht eines öffentlichen Gutes, dessen Produktion unterbleibt, weil die Kombination (vollständig) privatisierter (Bereitstellungs-)Kosten und (vollständig) sozialisierter Nutzen jeden Akteur mit dem individuellen Anreiz ausstattet, eine Trittbrettfahrerposition einzunehmen. Festzuhalten bleibt: *Ein soziales Dilemma ist eine institutionell bedingte Situation rationaler Ineffizienz.*

Zweitens: Die rationale Ineffizienz eines sozialen Dilemmas stellt sich ein als nicht-intendiertes Ergebnis intentionalen Handelns. Sie resultiert daraus, dass Akteure ihre je eigenen Interessen wahrnehmen, so dass sie ihr Verhalten gerade *nicht* daran ausrichten, ob es auch dem Interesse der Gruppe entspricht. Letztlich hängt es damit von den situativen Anreizen ab, ob die Verfolgung des eigenen Interesses mit dem Gruppeninteresse harmonisiert oder konfligiert.

Rationale Ineffizienz ist stets nicht-intendiert. Sie kann zudem aber auch unbewusst zustande kommen. Der Grund hierfür liegt im Phänomen *rationaler Ignoranz*.<sup>16</sup> Da auch die Informationsbeschaffung und -verarbeitung einem Kosten-Nutzen-Kalkül unterliegt, kann

---

<sup>14</sup> Trade-offs zwischen individuellen Zielen sind ein konstitutiver Bestandteil der ökonomischen Methode positiver Analyse. Sie trifft empirisch überprüfbare Aussagen darüber, wie Akteure – bedingt durch Datenänderungen – ihre Positionierung im Trade-off verändern. Normativ geht es hingegen nicht um eine Positionierung *im*, sondern *zum* Trade-off, und zwar zum Trade-off (vermeintlich) konfligierender Werte. Diese Unterscheidung ist methodisch streng zu beachten, wenn man normativistische Fehlschlüsse vermeiden will.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu Olson (1965, 1985) und (1982, 1985) sowie als Überblick Pies und Leschke (1997).

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Olson (2000; S. 93 f.) sowie ferner den interessanten Überblick bei Caplan (1999).

man davon ausgehen, dass rationale Akteure über ihre individuellen Spielzüge und deren vermutliche Konsequenzen für sie selbst weitaus besser informiert sind als über die Qualität und Funktionsweise alternativer Spielregelarrangements und deren Konsequenzen für die Gesellschaft.

Die rationale Ineffizienz eines sozialen Dilemmas konstituiert ein gemeinsames (Regel-) Interesse an institutionellen Anreizen, die es erlauben würden, das im Status quo nicht ausgeschöpfte Potential wechselseitiger Besserstellung zu realisieren. Aufgrund rationaler Ignoranz muss dieses gemeinsame Interesse aber nicht unbedingt vor Augen stehen. Vor Augen steht hingegen stets das konfligierende Interesse, das in der Situation eines sozialen Dilemmas zur wechselseitigen Schädigung führt.

Drittens: Angesichts rationaler Ignoranz ist es für die einzelnen Akteure rational, die Komplexität sozialer Konflikte nicht sozialwissenschaftlich, sondern mit Hilfe normativer Semantiken zu reduzieren und handhabbar zu machen. Normative Semantiken vermitteln Orientierung. Sie weisen jedoch das Problem auf – dies gilt insbesondere für Wertesemantiken –, dass sie zumindest latent ein Nullsummenparadigma favorisieren und damit einen Werte-trade-off auch dort nahe legen, wo rationale Ineffizienz ein gemeinsames Regelinteresse konstituiert.

((3)) Zur Illustration: ((a)) In der Bundesrepublik Deutschland stehen derzeit alle Systeme sozialer Sicherung unter einem großen Reformdruck, weil es ihnen an Nachhaltigkeit – vor allem an nachhaltiger Finanzierbarkeit – mangelt. Vielfach wird gegen die von Ökonomen empfohlenen Reformen eingewendet, die propagierte Stärkung von Eigenverantwortung führe zu einem Abbau an Solidarität. Es besteht kein Zweifel daran, dass eine solche Semantik die öffentliche – und insbesondere auch die veröffentlichte – Wahrnehmung prägt. Mittlerweile wird nicht nur den Reformvorschlägen, sondern auch der Ökonomik selbst mit großen Vorbehalten begegnet.<sup>17</sup> Innerhalb der etablierten Wertesemantik lässt sich kaum die – ökonomisch beinahe triviale – Erkenntnis entwickeln, dass die gegenwärtige Überbeanspruchung sozialer Leistungen auf eine übermäßige Sozialisierung der Kosten zurückzuführen ist und dass das extrem unsolidarische Mittel der Rationierung nur durch eine entsprechende Privatisierung bestimmter Kosten vermieden werden kann. Zurückübersetzt in die Wertesemantik lautet dann die Quintessenz ökonomischer Funktionalitätsüberlegungen: Mehr Eigenverantwortung steht im Dienst der Solidarität. Geeignete Reformmaßnahmen führen daher nicht zu einem Trade-off, sondern zu einer Komplementarität dieser Werte, zumal – was freilich wiederum Funktionalitätsüberlegungen erfordert, die in der Ökonomik unter dem Stichwort „Risikoproduktivität“<sup>18</sup> diskutiert werden – auch die Eigenverantwortung umgekehrt Solidarität voraussetzt, z.B. in Form bestimmter (Sozial-)Versicherungen. – ((b)) Der Begriff „Neoliberalismus“ reüssiert in der gegenwärtigen Globalisierungsdebatte wohl vor allem deshalb, weil das Zusammenwachsen vormals entlang nationalstaatlicher Grenzen abgeschotteter Märkte als Machtverlust der Politik und zudem – im Sinne eines Werte-trade-offs – als Ausweitung der Freiheit zu Lasten der Gerechtigkeit wahrgenommen wird. Das hier zugrunde liegende Nullsummenparadigma kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Armut der Armen in Entwicklungsländern immer wieder auf den Reichtum der Reichen in den Industrieländern zurückgeführt wird, was dann zu moralischen Appellen für einen

---

<sup>17</sup> Dies zeigte sich insbesondere in der Diskussion um die Frage, ob es der Demokratie überhaupt zuzumuten sei, einen Ökonom zum Bundespräsidenten zu wählen. Vgl. hierzu vor allem Habermas (2004). Für weitere Indizien, die auf ein schlechtes Ansehen der Ökonomik im Allgemeinen und der ökonomischen Politikberatung im Besonderen schließen lassen, vgl. Pies (2004).

<sup>18</sup> Vgl. hierzu Sinn (1986) sowie Konrad (1992).

Ressourcentransfer von Nord nach Süd Anlass gibt. Gestützt auf solide ökonomische Erkenntnisse kann demgegenüber formuliert werden, dass die weltweit Ärmsten nicht vor Globalisierung und Marktwirtschaft geschützt werden müssen. Ganz im Gegenteil, ihr Schicksal lässt sich nur dann nachhaltig verbessern, wenn es ihnen möglich gemacht wird, sich mit ihren komparativen Vorteilen in die arbeitsteilige Spezialisierung weltweit marktlich koordinierter Zusammenarbeit einzubringen. Institutionell flankiert, führt Marktwirtschaft im globalen Maßstab zu mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit, gerade für die Ärmsten der Armen.<sup>19</sup> Oder um es in einer anderen normativen Semantik zu formulieren: Weltwirtschaftliche Inklusion ist praktizierte Solidarität.

#### 4. Unternehmen und Nachhaltigkeit

((1)) Alle bisher illustrativ angeführten Beispiele weisen die Gemeinsamkeit auf, dass vor allem Unternehmen die relevanten Akteure sind, wenn es um die Lösung von Problemen der Nachhaltigkeit geht.

- Nachhaltige Entwicklung im Sinne einer wirksamen Bekämpfung weltweiter Armut muss primär durch Unternehmen erfolgen. Sie sind es, die eigeninteressiert Wege suchen – und finden! – können, welche es ermöglichen, das derzeit weitgehend unausgeschöpfte Vorteilspotential weltwirtschaftlicher Integration zum Wohle der Menschen auch wirklich zu nutzen.
- Eine Reform der Systeme sozialer Sicherung kann nur dann nachhaltig sein, wenn sie – z. B. bei den Anbietern im Gesundheitssektor – neue Unternehmensstrukturen entstehen lässt, die durch wettbewerbliche Anreize darauf ausgerichtet werden, die Effizienz sozialer Dienstleistungen zu erhöhen. Es geht um das Steuerungsproblem, die Interessen der Akteure institutionell so zu beeinflussen, dass sie die gerade in sozialer Hinsicht dringend erforderlichen Effizienzsteigerungen nicht-intendiert herbeiführen, etwa bei der qualifizierten Versorgung kranker, pflegebedürftiger oder alter Menschen. Im Zeichen des demographischen Wandels entstehen hier neue Bedürfnisse, z.B. für innovative Wohnformen im Alter, deren Befriedigung Unternehmergeist, Experimentierfreude, soziale Phantasie und Kreativität erfordert. Bei der Erschließung dieser Märkte dürften staatliche Administrationen tendenziell überfordert sein.
- Für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentraler Faktor. Hier kann die Politik wichtige Weichenstellungen vornehmen. Aber letzten Endes muss diese Vereinbarkeit im Arbeitsalltag gelebt werden (können). Insofern spielen Unternehmen gerade auch in diesem Bereich eine bedeutende Rolle. Von ihnen hängt es entscheidend ab, ob Eltern – beispielsweise durch ein flexibles Arbeitszeitmanagement, aber auch durch die propagierten „mental models“ für Führungskräfte – in die Lage versetzt werden, berufliche Karriere und familiäre Entwicklung unter einen Hut zu bringen.

---

<sup>19</sup> Im Übrigen müssen auch die Reichen nicht vor Globalisierung und Marktwirtschaft geschützt werden. Es gehört zu den Kuriositäten des Nullsummenparadigmas, dass in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die Befürchtung dominierte, der arme Süden leide unter dem reichen Norden, während in den 90er Jahre die – exakt umgekehrte, aber wiederum falsche – Befürchtung populär wurde, der reiche Norden verliere im internationalen Wettbewerb, wenn der zuvor arme Süden reicher werde. Vgl. hierzu Pies (2000).

- Für eine nachhaltige Klimapolitik ist ein institutionalisierter Emissionshandel unabdingbar. Es leuchtet unmittelbar ein, dass ein solcher Handel primär zwischen Unternehmen stattfinden wird. In diesem Zusammenhang sind aber zwei weitere Aspekte von besonderem Interesse: Erstens haben namhafte Unternehmen begonnen, einen solchen Emissionshandel zunächst unternehmensintern zu organisieren und die hierbei gemachten Erfahrungen öffentlich zur Verfügung zu stellen, um den weltgesellschaftlichen Lernprozess in diesem Bereich zu stimulieren und zu beschleunigen. Und zweitens haben sich namhafte Unternehmen auch direkt klimapolitisch engagiert – sei es als Kritiker, sei es als Befürworter des Kioto-Protokolls zur Klimarahmenkonvention.<sup>20</sup>

Diese Liste ließe sich leicht durch weitere Beispiele verlängern, die die große – und sogar zunehmend große – Bedeutung der Unternehmen für Fragen weltgesellschaftlicher Nachhaltigkeit unterstreichen. Hier mögen folgende kurze Hinweise genügen.

- Die Vereinten Nationen erkennen mittlerweile ausdrücklich an, dass die „UN Millennium Development Goals“<sup>21</sup> nur mit aktiver Unterstützung der Unternehmen verwirklicht werden können. Der von Kofi Annan, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, initiierte „Global Compact“<sup>22</sup> trägt diesem Umstand Rechnung und ermutigt Unternehmen, sich weltweit für die Einhaltung von Standards einzusetzen, die dem Schutz der Menschenrechte, der Arbeitnehmer und der Umwelt dienen.
- Für eine nachhaltige Korruptionsprävention ist es von entscheidender Bedeutung, dass die einschlägigen Maßnahmen nicht ohne und schon gar nicht gegen die Unternehmen angesetzt sein dürfen, sondern primär durch die Unternehmen – und in den Unternehmen – aktiv unterstützt werden müssen.<sup>23</sup>
- Immer mehr Unternehmen verstehen sich nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als politische und sogar als dezidiert moralische Akteure. Sie bilden als Organisationen einen eigenen Charakter aus und übernehmen Ordnungsverantwortung in der Gesellschaft. Hiermit korrespondiert das unternehmerische Engagement für gesellschaftliche Nachhaltigkeit im Sinne der „triple bottom line“<sup>24</sup>. Viele namhafte Unternehmen gehen dazu über, in Nachhaltigkeitsberichten zu dokumentieren, inwiefern sie sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und ökologisch engagieren.

((2)) Diese zum Teil rasanten Entwicklungen, durch die Unternehmen zu politischen Akteuren (welt-)gesellschaftlicher Nachhaltigkeit avancieren, erfordern Weiterentwicklungen des ordnungstheoretischen Paradigmas. Im traditionellen Paradigma der ökonomischen Ordnungstheorie ist nämlich eine konstruktive Rolle für Unternehmen als politische Akteure gar nicht vorgesehen. Dies dürfte mit dazu beigetragen haben, dass Unternehmen als

<sup>20</sup> Vgl. als Kioto-kritische Initiative die Global Climate Coalition [www.globalclimate.org/](http://www.globalclimate.org/) sowie als Kioto-befürwortende Initiative das Projekt „Emission 55“ <http://emission55.e5.org/de/home.php>.

<sup>21</sup> Vgl. <http://www.un.org/millenniumgoals/>.

<sup>22</sup> Vgl. <http://www.unglobalcompact.org/> sowie als Überblick Brinkmann und Pies (2003).

<sup>23</sup> Vgl. Pies (2002b) und (2003).

<sup>24</sup> Ein Beispiel hierfür sind die Equator Principles. Es handelt sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung von international tätigen Banken bei der Kreditvergabe insbesondere für Projekte in Schwellenländern. Die Finanzinstitute binden sich und die Kreditnehmer an ein bestimmtes Auflagenbündel, das abhängig ist von der individuellen Situation des Landes, in dem das zu finanzierende Projekt realisiert werden soll. Die Equator Principles basieren auf den IFC-Leitlinien und wurden von Banken und NGOs gemeinsam verabschiedet. Vgl. <http://www.equator-principles.com/index.html>.

potentielle Adressaten wissenschaftlicher Politikberatung von der Ökonomik bislang weitgehend übersehen worden sind.

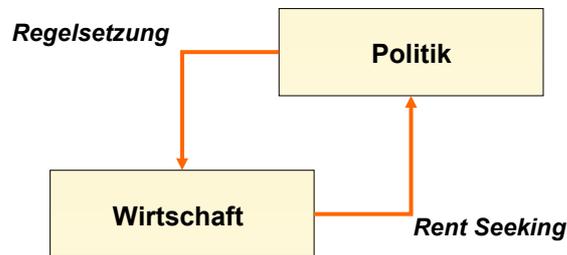


Abbildung 4: *Das traditionelle Paradigma der ökonomischen Ordnungstheorie*

Das traditionelle Paradigma der ökonomischen Ordnungstheorie lässt sich mit Hilfe von Abb. 4 wie folgt kennzeichnen. Zentral ist die Einsicht, dass es sich bei Politik und Wirtschaft um unterschiedliche Systeme handelt, deren Funktionsweise durch bestimmte Interventionen beeinträchtigt wird und sogar ganz ausgehebelt werden kann. Politische Interventionen nach Art zentraler Wirtschaftsplanung setzen die (Wettbewerbs-)Institution des Marktes außer Kraft, und umgekehrt setzen wirtschaftliche Interventionen in die Politik nach Art kollusiven Kartellstrebens die (Wettbewerbs-)Institution der Demokratie außer Kraft. Walter Eucken hatte dies Problem als „Interdependenz der Ordnungen“ beschrieben.<sup>25</sup> Seine Diagnose lautete, dass eine Vermachtung der Wirtschaft zur Vermachtung der Politik führe und dass im Umkehrschluss ein „starker Staat“ erforderlich sei, um die Wirtschaft mit einem wettbewerblich verfassten Ordnungsrahmen zu versorgen. Anstatt interventionistischer Eingriffe in die wirtschaftlichen Spielzüge empfahl Eucken eine politische Gestaltung der für die Wirtschaft geltenden Spielregeln. Die Metapher des „starken Staates“ brachte Euckens Anliegen zum Ausdruck, dass die politischen Instanzen stark genug sein sollten, um den Forderungen und Versuchungen wirtschaftlicher Interessentengruppen zu widerstehen, die mit ihrer Nachfrage nach Privilegien: nach Sonderregelungen und Wettbewerbsausnahmen, letztlich Prozesse kollektiver Selbstschädigung – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik – auslösen. Neuere Theorieansätze sprechen ganz auf der Linie dieser Tradition von den Gefahren einer „rent-seeking society“.<sup>26</sup>

Das traditionelle Paradigma weist einige Schwächen auf, die eine Weiterentwicklung erforderlich machen. Erstens denkt es das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im nationalstaatlichen Rahmen. Und zweitens sieht es eine wirtschaftliche Fremdversorgung mit Ordnungsregeln durch die Politik vor. Demgegenüber müssen institutionelle Lösungen für Probleme der Nachhaltigkeit als Prozessergebnis (welt-)gesellschaftlicher Selbstorganisation gedacht werden. Ein weiterentwickeltes Paradigma, das nicht nur für den Nationalstaat, sondern auch für Prozesse der „global governance“ heuristisch fruchtbar ist, lässt sich mit Hilfe von Abb. 5 wie folgt kennzeichnen.

<sup>25</sup> Vgl. Eucken (1952, 1990) sowie als Überblick Pies (2001).

<sup>26</sup> Für einen kurzen Überblick vgl. Tullock (1998).

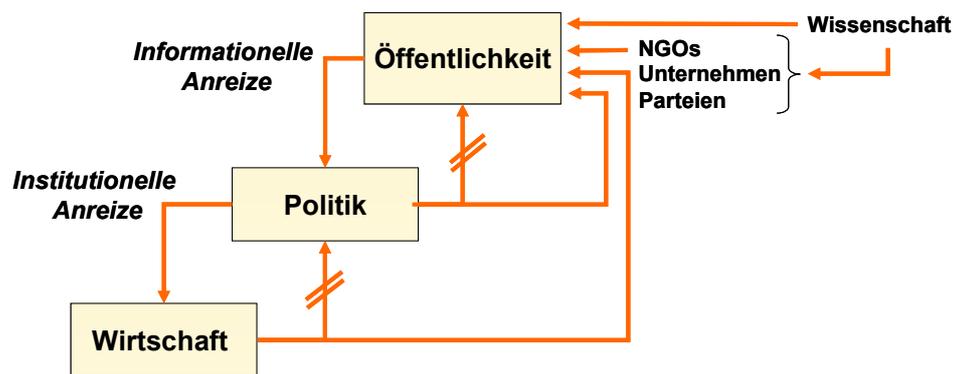


Abb. 5: Die Öffentlichkeit als Meta-Spiel für Politik und Wirtschaft

Die Politik wird als Meta-Spiel zur Wirtschaft aufgefasst, weil die Spielregeln für die wirtschaftlichen Spielzüge politisch festgelegt werden: Die Politik beeinflusst durch institutionelle Anreize, wie die Wirtschaft funktioniert. In ähnlicher Weise wird die Öffentlichkeit als Meta-Spiel zur Politik (und mittelbar auch zur Wirtschaft) aufgefasst: Die Öffentlichkeit beeinflusst durch informationelle Anreize das politische Verhalten. Die Öffentlichkeit wird konstituiert durch das diskursive, medial verfasste Zusammenspiel politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure.<sup>27</sup> Die Wissenschaft beteiligt sich hieran als gleichrangiger Partner, indem sie Aufklärungs- und Steuerungsbeiträge entweder direkt an die Öffentlichkeit adressiert oder beratend an die anderen Akteure heranträgt.

Dieses Paradigma fokussiert die Perspektive auf die Funktionalität aufeinander abgestimmter Wettbewerbssysteme: auf die Interdependenz von Konkurrenzmärkten, Konkurrenzdemokratie und Konkurrenzpluralismus. Hieraus folgt als analoge Anforderung, dass in allen drei Fällen die jeweiligen Akteure ein Handlungsinteresse daran haben, sich dem Wettbewerbsdruck zu entziehen. Die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs ist ein Systemimperativ, der nur durch kollektive Selbstbindungen sichergestellt werden kann, die dem gemeinsamen Regelinteresse der Akteure einen Vorrang vor ihren konfligierenden Handlungsinteressen einräumen.

- Dies bedeutet, dass wettbewerbsbeschränkende Handlungen der Akteure – in ihrem eigenen Interesse – unterbunden werden müssen. Insbesondere muss die wirtschaftliche Einflussnahme auf die Politik und analog die politische Einflussnahme auf die Öffentlichkeit wirksamen Kontrollmechanismen unterliegen, die einen unmittelbar manipulativen Zugriff und die damit verbundenen Tendenzen kollektiver Selbstschädigung verhindern.<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren ist in erster Linie an die so genannten NGOs zu denken. Ihnen kommen zwei Funktionen zu. Erstens verfügen sie über besondere Sensoren. Hierdurch können sie die Öffentlichkeit auf Defizite in der gesellschaftlichen Entwicklung aufmerksam machen und für vitale Bedürfnisse sensibilisieren. Zweitens können sie sich an den politischen Regelfindungs- und Regelsetzungsprozessen aktiv beteiligen, durch die Unternehmen mit Anreizen versorgt werden, in ihrem eigenen Geschäftsinteresse die nachhaltige Entwicklung der (Welt-)Gesellschaft zu fördern.

<sup>28</sup> Formelhaft zugespitzt, geht es nicht um einen starken Staat, sondern um eine starke Öffentlichkeit.

- Dies bedeutet jedoch *nicht*, dass es diesen Akteuren generell unmöglich sein sollte, auf das ihr Spiel bestimmende Meta-Spiel Einfluss zu nehmen, ganz im Gegenteil. Ihre Kenntnisse und Informationen sind i.d.R. unverzichtbar für zweckmäßige Problemlösungen.<sup>29</sup>
- Es geht lediglich darum, die systemische Funktionalität des Konkurrenzprinzips durchgängig aufrechtzuerhalten. Dies erfordert es, bestimmte Standards zu erfüllen, die Transparenz und Offenheit und damit die Integrität des Verfahrens garantieren. Im Klartext heißt das: Unternehmen werden hinsichtlich ihrer Kommunikationsstrategien mit zunehmend strengeren Konsistenzanforderungen konfrontiert und reagieren hierauf mit einer Akzentverschiebung weg vom klassischen Lobbying hin zu einem öffentlichen Engagement als „corporate citizens“, das teils in Konkurrenz, teils in Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen erfolgt.<sup>30</sup>

Zwischenfazit: Die demokratische Öffentlichkeit avanciert zur maßgeblichen Arena für Lernprozesse (welt-)gesellschaftlicher (Selbst-)Steuerung und (Selbst-)Aufklärung. Für die Ökonomik verbindet sich damit ein Paradigmawechsel von der klassischen Politiker-Beratung hin zur öffentlichen Politik-Beratung. Nachhaltige Politikberatung wendet sich nicht nur an i.e.S. politische Akteure (Parteigremien und Ministerialbürokratien), sondern neben den Medien auch an zivilgesellschaftliche Akteure und vor allem an Unternehmen, die als „corporate citizens“ immer stärker die Aufgabe wahrnehmen, sich für das Anliegen (welt-)gesellschaftlicher Nachhaltigkeit öffentlich zu engagieren.

## 5. Folgerungen für die universitäre Ausbildung

Die bisherige Analyse weitet nicht nur den Kreis potentieller Interessenten an ökonomischer Politikberatung dramatisch aus. Sie legt auch nahe, dass die Nachfrage qualitativ anders strukturiert sein dürfte, als es nach dem traditionellen Paradigma der ökonomischen Ordnungstheorie zu erwarten wäre. Dem überkommenen Verständnis zufolge geht es primär um die Bereitstellung technischer Expertise, basierend auf empirischen Informationen über wirtschaftliche Wirkungszusammenhänge. Dem neuen Verständnis zufolge jedoch hat es nachhaltige Politikberatung primär mit der Moderation diskursiver Lernprozesse zu tun. Insofern verbindet sich mit dem vorgeschlagenen Paradigmawechsel zugleich eine Akzentverschiebung weg von einer reinen Wissensvermittlung hin zu einer Kompetenzvermittlung, bei der nicht bloß Informationen, sondern vielmehr *Argumente* im Vordergrund stehen.

Wollte man die ökonomische Ausbildung auf eine nachhaltige Politikberatung ausrichten, so folgt aus der bisherigen Analyse, dass man drei Elemente systematisch integrieren müsste:

- Erstens müsste der Akzent nicht – bereichsontologisch – auf die Ausbildung von „Wirtschafts-Wissenschaftlern“, sondern – methodisch: im Sinne einer „rational-choice“-basierten Sozialwissenschaft – auf die Ausbildung von gesellschaftstheoretisch versierten Ökonomen gelegt werden. Zur Ausbildung der erforderlichen Methodenkompetenz gehört ferner, dass das Studium nicht nur Wissen vermittelt, sondern vor allem auch die Fähigkeit,

<sup>29</sup> Soziale Akzeptanz wird insbesondere im internationalen Umfeld für die Unternehmen zu einem knappen Faktor, der zunehmend eigene Bewirtschaftungsmaßnahmen erfordert. Hierzu gehört die Übernahme von Ordnungsverantwortung, d.h. die aktive Partizipation als „corporate citizen“ an politischen Prozessen.

<sup>30</sup> Vgl. Brinkmann und Pies (2004).

neues Wissen kreativ zu generieren. Studierende sollten systematisch in die Lage versetzt werden, sich inhaltliche Positionen zu neu auftretenden Problemlagen eigenständig zu erarbeiten.

- Zweitens müsste im Studium eingeübt werden, mit Hilfe des ökonomischen Instrumentariums alternative Regelarrangements auf ihre Anreizwirkung hin analysieren zu können. Zur Ausbildung der erforderlichen Steuerungskompetenz ist es unabdingbar, dass gesellschaftliche Führungskräfte die Konsequenzen abschätzen können, die mit Reformen der institutionellen Rahmenbedingungen verbunden sind.
- Drittens dürfte das Studium nicht einseitig auf die Analyse von Sozialstrukturen verengt werden, sondern müsste gleichberechtigt der Analyse semantischer Strukturen Raum bieten. Schließlich geht es letzten Endes um diskursive Politikberatung. Hierfür ist Interdisziplinarität unabdingbar. Dabei kann Wirtschaftsethik helfen.<sup>31</sup> Sie kann z.B. dazu beitragen, einen methodisch kontrollierten Umgang mit Normativität einzuüben.
- Die dazu notwendige Aufklärungskompetenz lässt sich nur interaktiv erwerben. Dies erfordert ein unorthodoxes Didaktikkonzept. Hierzu gehört konstitutiv ein Theorie-Praxis-Dialog in Forschung und Lehre. Ferner bedarf es einer Unterstützung interaktiven Lernens durch innovative Unterrichtsformen wie z.B. Co-Teaching, so dass eingeübt werden kann, mit Polyperspektivität produktiv umzugehen.

---

<sup>31</sup> Das gilt insbesondere dann, wenn die Wirtschaftsethik entwickelt wird als ökonomische Theorie der Moral, vgl. Pies (2000). Im Unterschied zur klassischen Ethik theologischer und philosophischer Provenienz, die der Frage folgt: „Was soll ich tun?“, stehen bei der ökonomischen Theorie der Moral zwei spezifischere Fragestellungen im Vordergrund. Die erste lautet: „Was können wir wollen?“, die zweite lautet: „Was wollen wir können?“. Die erste Frage thematisiert das Problem gesellschaftlicher (Selbst-)Aufklärung, die zweite das Problem gesellschaftlicher (Selbst-)Steuerung.

***Literaturverzeichnis:***

- Brinkmann, Johanna und Ingo Pies (2004): Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven, in: Roland Czada und Reinhard Zintl (Hrsg.): Politik und Markt. PVS – Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 34/2003, Wiesbaden 2004, S. 186-206.
- Becker, Gary S. (1981, 1991): Treatise on the Family, 2nd edition, Cambridge, Mass.
- Brundtland, Gro Harlem (Hrsg.), (1987): Our common future: The World Commission on Environment and Development, Oxford, Oxford University Press.
- Caplan, Bryan (1999): Rational Ignorance vs. Rational Irrationality, am 1. 10. 2004 im Internet unter: <http://www.gmu.edu/departments/economics/bcaplan/ratirnew.doc>
- Cigno, Alessandro (1991): Economics of the Family, Oxford.
- Eucken, Walter (1952, 1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. von Edith Eucken und K. Paul Hensel, 6. Aufl., Tübingen.
- Habermas, Jürgen (2004): Die Wahl ist frei bis zum Schluss, Die ZEIT Nr. 21 vom 13. Mai 2004, S. 3.
- Hansjürgens, Bernd (2004): Märkte für den Klimaschutz. Ausgestaltung des europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionshandels und Umsetzung in Deutschland, erscheint in: Martin Leschke und Ingo Pies (Hrsg.), Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart (im Druck).
- Hayek, Friedrich August von (1976): Law, Legislation and Liberty, Vol. II: The Mirage of Social Justice. London: Routledge & Kegan Paul.
- Höffner, Josef (1941): Wirtschaftsethik und Monopole im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert, Jena, Gustav Fischer.
- Konrad, Kai A. (1992): Risikoproduktivität. Contemporary Studies in Economics, Springer, Heidelberg, Berlin.
- Malthus, Thomas Robert (1798, 1977): Das Bevölkerungsgesetz, hrsg. von Christian M. Barth, München: dtv.
- Meadows, Dennis L., u.a. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.
- Nord-Süd-Kommission (1980): Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, hrsg. von der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen, Köln.
- Olson, Mancur (1965, 1985): Die Logik kollektiven Handelns, Tübingen.
- Olson, Mancur (1982, 1985): Aufstieg und Niedergang von Nationen, Tübingen.

- Olson, Mancur (2000): *Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships*, New York, Basic Books.
- Ott, Notburga (1998): Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker, in: Ingo Pies und Martin Leschke (Hrsg.): *Gary Beckers ökonomischer Imperialismus*, Tübingen, S. 63-90.
- Pies, Ingo (1993): *Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus*, Tübingen.
- Pies, Ingo (2000): Globalisierung und Demokratie: Chancen und Risiken aus ökonomischer Sicht, in: Hauke Brunkhorst und Matthias Kettner (Hrsg.): *Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien*, Frankfurt a.M., S. 53-89.
- Pies, Ingo (2000): Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral – Zur fundamentalen Bedeutung der Anreizanalyse für ein modernes Ethikparadigma, in: Gaertner, W. (Hrsg.): *Wirtschaftsethische Perspektiven V. Methodische Ansätze, Probleme der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit, Ordnungsfragen*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 228/V, Berlin, S. 11-33.
- Pies, Ingo (2001): Eucken und von Hayek im Vergleich. Zur Aktualisierung der ordnungspolitischen Konzeption, Tübingen.
- Pies, Ingo (2002a): Internationale Umweltpolitik: das Beispiel Klimaschutz, in: Alfred Schüller und H. Jörg Thieme (Hrsg.): *Ordnungsprobleme der Weltwirtschaft*, Stuttgart, S. 201-226.
- Pies, Ingo (2002b): Korruption: Eine ökonomische Analyse mit einem Ausblick auf die Wirtschafts- und Unternehmensethik, in: Volker Arnold (Hrsg.): *Wirtschaftsethische Perspektiven VI. Korruption, Strafe und Vertrauen, Verteilungs- und Steuergerechtigkeit, Umweltethik, Ordnungsfragen*, Berlin 2002, S. 13-46.
- Pies, Ingo (2003): Korruption: Diagnose und Therapie aus wirtschaftsethischer Sicht, in: Verena von Nell, Gottfried Schwitzgebel, Matthias Vollet (Hrsg.): *Korruption. Interdisziplinäre Zugänge zu einem komplexen Phänomen*, Wiesbaden, S. 41-63.
- Pies, Ingo (2004): *Wirtschaftsethik als Beitrag zur Ordnungspolitik. Ein interdisziplinäres Forschungsprogramm demokratischer Politikberatung*, erscheint in: Martin Leschke und Ingo Pies (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen*, Stuttgart.
- Pies, Ingo und Martin Leschke (Hrsg.) (1997): *Mancur Olsons Logik kollektiven Handelns*, Tübingen.
- Scharpf, Fritz W. (1997): *Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research*, Colorado und Oxford.
- Sinn, Hans-Werner (1986): Risiko als Produktionsfaktor, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie and Statistik*, 201, S. 557-571.

Smith, Adam (1776, 1990): Der Wohlstand der Nationen, hrsg. von H. C. Recktenwald, 5. Aufl., München.

Steinmann, Gunter (2004): Vorschläge für eine nachhaltige Familienpolitik, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Nr. 35.

Stiftung für die Rechte Zukünftiger Generationen (2003), Handbuch Generationengerechtigkeit. Bearb. von Jörg Tremmel, 2. Aufl., München.

Suchanek, Andreas (2005): Überlegungen zu einer interaktionsökonomischen Theorie der Nachhaltigkeit, erscheint in: Wirtschaftsethische Perspektiven VIII (im Druck).

Tullock, Gordon (1998): The Fundamentals of Rent-Seeking, in: The Locke Luminary Vol. I, No. 2 (Winter 1998) Part 2, am 1. 10. 2004 im Internet unter: [http://www.thelockeinstitute.org/journals/luminary\\_v1\\_n2\\_p2.html](http://www.thelockeinstitute.org/journals/luminary_v1_n2_p2.html)

## DISKUSSIONSPAPIERE

- Nr. 03 - 1 **Ingo Pies**  
WELT-GESELLSCHAFTs-VERTRAG: Auf dem Weg zu einer ökonomisch fundierten Ethik der Globalisierung
- Nr. 03 - 2 **Ingo Pies**  
GLOBAL SOCIAL CONTRACT  
On the road to an economically-sound Ethics of Globalization
- Nr. 03 - 3 **Ingo Pies**  
Weltethos versus Weltgesellschaftsvertrag – Methodische Weichenstellungen für eine Ethik der Globalisierung
- Nr. 03 - 4 **Karl Homann**  
Braucht die Wirtschaftsethik eine „moralische Motivation“?
- Nr. 03 - 5 **Johanna Brinkmann/ Ingo Pies**  
Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 03 - 6 **Ingo Pies**  
Sozialpolitik und Markt: eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 03 - 7 **Ingo Pies**  
Korruption: Diagnose und Therapie aus wirtschaftsethischer Sicht
- Nr. 04 - 1 **Ingo Pies / Markus Sardison**  
Ethik der Globalisierung: Global Governance erfordert einen Paradigmawechsel vom Machtkampf zum Lernprozess
- Nr. 04 - 2 **Ingo Pies / Cora Voigt**  
Demokratie in Afrika – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme zur Initiative „New Partnership for Africa’s Development“ (NePAD)
- Nr. 04 – 3 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik  
Der Beitrag Milton Friedmans
- Nr. 04 – 4 **Henry Meyer zu Schwabedissen/ Ingo Pies**  
Ethik und Ökonomik: Ein Widerspruch?
- Nr. 04 – 5 **Ingo Pies**  
Wirtschaftsethik als Beitrag zur Ordnungspolitik – Ein interdisziplinäres Forschungsprogramm demokratischer Politikberatung

- Nr. 04 - 6     **Karl Homann**  
Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Philosophische, gesellschaftstheoretische und ökonomische Überlegungen
- Nr. 04 - 7     **Andreas Suchanek**  
Überlegungen zu einer interaktionsökonomischen Theorie der Nachhaltigkeit
- Nr. 04 - 8     **Thomas Fitschen**  
Der „Global Compact“ als Zielvorgabe für verantwortungsvolles Unternehmertum – Idee mit Zukunft oder Irrweg für die Vereinten Nationen?
- Nr. 04 – 9     **Markus Beckmann, Thomas Mackenbrock, Ingo Pies, Markus Sardison**  
Mentale Modelle und Vertrauensbildung – Eine wirtschaftsethische Analyse
- Nr. 04-10     **Ingo Pies**  
Nachhaltige Politikberatung: Der Ansatz normativer Institutionenökonomik

***Autor:***

**Prof. Dr. Ingo Pies**

Wissenschaftlicher Direktor des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik

Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Forschungsgebiete: Wirtschaftsethik, Institutionenökonomik, Ordnungspolitik und Global Governance, Corporate Citizenship